

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Abenturen und Expeditionen  
Johannistage 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Bormittags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die die Rückgabe einzelner Blätter  
beschreibt macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Abtheilungen für Anzeigen:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Leipzigische, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 192.

Freitag den 11. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis viertel 4 1/2 M.,  
incl. Frachtlohn 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.,  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 M.  
mit Postbefreiung 45 M.

Inserate 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.  
Bessere Sorten laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstisch  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuß.

## Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit in der großen Windmühlstraße vier Schleusen-Umbauten vorzunehmen und fordern daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. März d. J. die Befugten, Administratoren der an genannte Straße angrenzenden Grundstücke auf, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark oder der sonst in gedachter Bekanntmachung angeordneten Nachtheile die Umtauschung der Dachtraufen mittelst besonderer Fallrohrschleusen, sowie die etwa nöthig werdende Einföhrung der Privatbeschlüssen gleichzeitig mit auszuführen zu lassen und deshalb rechtzeitig und spätestens bis zum 19. Juli d. J. die erforderliche Baugenehmigung bei uns nachzusuchen.  
Leipzig, am 26. Juni 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi, Bannemann.

## Bekanntmachung.

In Folge des in den nächsten Tagen beginnenden Umbaus der Schleuse der Großen Windmühlstraße wird diese Straße vorübergehend länger Zeit für den Fahrverkehr gesperrt werden. Wir bringen dies bereits jetzt öffentlichen Kenntniss, damit die Anwohner der genannten Straße rechtzeitig für die etwa nöthig werdende Räumung von Gruben, Anfuhr von Feuerungsmaterialien u. dergleichen sein können. Gleichzeitig fordern wir die Abwärtigen der in der Nähe der Schleuse liegenden Grundstücke, deren Stellvertreter hiermit nochmals auf, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 29. Juni d. J. rechtzeitig und spätestens bis zum 19. d. M. die erforderliche Genehmigung zur Einföhrung der Privatbeschlüssen sowie der Fallrohrschleusen nachzusuchen.  
Leipzig, den 7. Juli 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi, Bannemann.

## Bekanntmachung.

Wir haben 40,000 M. Stiftungsgelder gegen mündelmässige hypothekarische Sicherheit und 4 1/2 Procent Zinsen sofort auszuliehen.  
Leipzig, den 7. Juli 1879.  
Des Rathes Finanz-Deputation.

## Die Tabaksteuerfrage

Ist nun endlich entschieden. In der dritten Lesung werden die Beschlüsse der zweiten so weniger wieder umgestoßen werden, als dieselben ein Stück des liberal-conservativen Compromisses über die Gesamtheit der kritischen Zoll- und Steuerfragen sind. Das „Ideal“ des Fürsten Bismarck, dessen Zurückweisung durch Herrn v. Bennigsen an der Berechtigung der vorjährigen Ministercombination so viel Schuld trug, hat sich definitiv als unrealisierbar erwiesen. Das Centrum will ihm jetzt ebensoviele zum Tabakmonopol verheissen wie früher die liberale Partei. Herr v. Bennigsen hat Recht behalten, als er vorher sagte, die Production, Verarbeitung und Vertheilung von Tabak habe im heutigen Deutschland einen Grad erreicht, der die Monopol-Oberfläche ausschliesse. Aller Einfluss, alle Ueberredungskraft, alle Willensstärke und Rücksichtslosigkeit des Reichstanzlers haben nicht ausgereicht, diese nächste Prophezeiung eines unächtigen und soliden Geistes zu zerstreuen. Die am Tabakgeschäft theilnehmenden zahlreichen Kreise können aufathmen. Die Gefahr ist überstanden und wird auch nicht wiederkehren. Woran der Fürst Bismarck gescheitert ist, daran magt sich kein Nachfolger mehr, und nach einigen Jahren, die doch vorläufig immer erst verstrichen müßten, sicher selbst er nicht wieder. Einen so frühen Gegner von so langer und tiefer Front fordert nicht auf diese Weise heraus, wer ihn einmal hinlänglich kennen gelernt hat. Die bewährte unüberwindliche Widerstandskraft wirkt bestim absehend, zumal sich ihr das Mißgeschick verbindet, auf welches die deutschen Tabakinteressenten so gerechten Anspruch haben.

Sechs Jahre lang sind sie nun der Spielball aller möglichen Steuerprojecte gewesen. Sie kamen aus Furcht und Hoffnung gar nicht mehr heraus. Wäre ihr Geschick nicht durchschneidend so gesund, der wirtschaftlichen Föhrung wie der socialen Construction nach, es hätten längst Panzerrollen über Panzerrollen ausbrechen müssen. Für das nächste Reichensalter, das sagen wir getrost vorher, wird man sie nun in Ruhe lassen. Jene innere Gerechtigkeit, die in dem Leben freier Völler maltet, wird ihnen zur Entscheidung für die lange Dual und Noth eine Freiheit von Umwälzungen in den staatlichen Voraussetzungen ihres Geschäftsbetriebs bereiten, um die manches andere Gewerbe sie noch bitter beneiden mag. Sie werden aber auch in der glücklicheren Lage, der sie jetzt entgegengehen, gewiß nicht vergessen wollen, wer sie vor dem Untergang bewahrt hat. Von jener Meinungsverschiedenheit an zwischen Fürst Bismarck und einem national-liberalen Föhrer, die so folgenreich werden sollte, hat die liberale Partei ihren Schild vor die bedrohte Tabakindustrie gehalten, und zwar die liberale Partei in ihrer ganzen Erstreckung, von Herrn v. Treitschke bis zu Herrn Eugen Richter. Das Centrum ist erst mobil geworden, als die Agitation der Interessenten selbst ihre volle Kraft erlangt hatte. In der gefährlichen Zwischenzeit hat nur der active politische Liberalismus sie beschützt. Sie werden gut thun, dessen eingedenk zu bleiben, nicht so sehr der Liberalen halber als um ihrer selbst willen.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. Juli.

Wenn bisher nach der Bestzung der Stelle eines Reichsschatzsecretairs gefragt wurde, konnte man von officiöser Seite stets die Antwort

vernehmen, daß die Angelegenheit unmittelbar nach Schluß der Reichstagsession ihre Erledigung finden werde. Angeordnet wurde dabei, bald mehr, bald minder erkennbar, daß der Regierungsvizepräsident von Bötticher aus Schleswig, der in der Tariffrage dem Reichskanzler so gute Dienste geleistet, noch immer der designirte Candidat für den Posten sei und daß er nur deshalb nicht bereits ernannt wurde, um nicht eine Reuewahl zum Reichstage während der Session herbeizuföhren. Damit ist es nun nicht mehr. Herr v. Bötticher wird am 1. September Nachfolger des Herrn v. Scheel-Plessen als Ober-Präsident von Schleswig-Holstein, und die Schatzsecretair-Frage bleibt wieder einmal in der Schwebe. Das Fürst Bismarck sie noch vor seiner Abreise nach Kissingen, die auf den Beginn der nächsten Woche festgesetzt ist, lösen werde, ist nicht anzunehmen. Vielleicht ist er nun doch wieder der früheren Ansicht, daß das preussische Finanzministerium und das Reichsschatzsecretariat ganz gut in einer Hand vereinigt sein können, und will es einmal mit Herrn Ritter versuchen. Dann war freilich die Abfassung der dem Reichstage vorgelegten Denkschrift über die Nothwendigkeit der Errichtung einer Schatzsecretairstelle unnütze Arbeit und die Bewilligung der gesuchten Summe durch den Reichstag etwas vorrilig.

Die Reichstagswahl in dem durch den Tod des Decans Dr. Lindner verwaisten oberpfälzischen Wahlbezirk Regensburg a. d. M. am 14. d. M. verspricht sehr interessant zu werden. Von gemäßigter liberaler Seite werden der Verleger der „Amberger Volkszeitung“, Buchhändler Habel, ein eingewandelter Preuss, und der orthodox-conservativ-protestantische Gutbesitzer Freiherr v. Lindenfeld aus Thumserthal als Candidaten genannt. Die dort sehr zahlreichen und rührigen Extremen stellen den Rotherdeichbater Lorenz zu Waldhausen an die Spitze.

In der französischen Deputirtenkammer wurde bei der am 9. Juli fortgesetzten Berathung des Herryschen Unterrichtsgezetzes der Artikel 7, welcher alle vom Staate nicht autorisirten Religions-Gesellschaften von der Ertheilung des öffentlichen Unterrichts ausschliesst, mit 330 gegen 185 Stimmen angenommen. Sodann wurde der Artikel 8, welcher dahin geht, daß jedes freie Unterrichtsinstitut und jede mit Rücksicht auf den Unterricht gebildete Vereinigung nur durch Gesetz zur Ertheilung des öffentlichen Unterrichts zugelassen werden kann, genehmigt. Schlieglich wurde das ganze Herrysche Unterrichtsgezet mit 352 gegen 159 Stimmen angenommen.

Während die französischen Liberalen einen letzten Sturmloos gegen die Republikaner versuchen und selbst nicht vor den schimpflichsten Verdächtigungen zurückweichen, um die berechtigten Anklagen ihrer Gegner zu entkräften, zeigen die belgischen Ultramontanen ohne jede Scham ganz offen, mit welchen Waffen sie kämpfen sie unter Umständen entschlossen sind. In Belgien ist die Unterrichtsfrage, durch welche den liberalen Umtrieben ein Ende gemacht werden soll, bekanntlich in beiden Kammern zur Annahme gelangt, so daß es sich nur noch um die Vollziehung dieses bedeutamen Gesetzentwurfs durch die Unterschrift des Königs handelt. Vor einigen Tagen fand man die Polizei an der Thür der Botenstraße zu Paelen einen Drohbrieff gegen den König in belgischer Sprache angeheftet. Diefes Schreiben lautet: „In Folge des neuen Schulgesetzes muß ich von meinen Kindern betrogen werden; sie werden mit ihren Lehrern spazieren gehen und die werden sie zu Dieben machen. Es wird sich ein

König finden, um ein solches Gezet zu unterzeichnen, aber ich werde mich rächen, denn ich fürchte mich nicht, zu sterben. Wenn solches Verbrechen stattfindet, so sollt ihr von mir zu Laeten hören, dann aber wird es zu spät sein. Adieu!“ Dieser Drohbrieff, der sich augenblicklich im Besitze der zuständigen belgischen Behörde befindet, bewirkt auf die Belgier, welche die Verheugungen der Ultramontanen bereits auf die Bevölkerung ausgeübt haben. Allem Anscheine nach liegt übrigens nicht bloß ein vereinzelter Fall vor; vielmehr würde, falls eine telegraphisch übermittelte Nachricht der „Etoile Belge“ sich bestätigt, auf ein planmäßiges Vorgehen der belgischen Ultramontanen geschlossen werden müssen. Dem erwarteten Blatte zufolge ist nämlich ein neues Placat, in welchem der König wegen der Unterzeichnung des Unterrichtsgezetzes bedroht wird, an den Mauern des Justizpalastes in Brüssel gefunden worden.

Dem Ministerium Depretis Nr. 3 soll demnächst ein Ministerium Carotoli Nr. 2 in Italien folgen. Nach den Erfahrungen, welche Depretis mit der Kammer gemacht hat, ist es einigermaßen begrifflich, daß Carotoli, wie man der „N. Fr. Pr.“ meldet, alle Parteiföhrer aus dem von ihm zu bildenden Cabinet ausschließen will. Er hat vermuthlich dabei vor Allem Crispi in Auge, mit dem er nicht gern das Cabinet belasten möchte. Daß demgemäß die in Umlauf gesetzten Ministerlisten ziemlich farblos sind, ist nicht verwunderlich. Eine derselben, welche von der „Opinion“ mitgetheilt wird, enthält nur wenige politisch hervorstechende Namen.

Man spricht in Spanien wieder viel von der Verheirathung des Königs. Eine Vermählung mit der Erzherzogin Marie von Oesterreich war zuerst in Aussicht und an beiden Höfen von Madrid und Wien gut aufgenommen worden, aber es hatten sich Schwierigkeiten erhoben, da die spanische Verfassung eine längere Abwesenheit des Königs aus Spanien verbietet, die doch notwendig geworden wäre, wenn der König nach Wien reisen sollte. Der Besuch des Kronprinzen Rudolph dahnte in dessen nähere Beziehungen an, und da die Schwestern des Königs Ende Juli die baskischen Bäder besuchen wollen, so wird, wie es jetzt heißt, der spanische Hof einige Tage in Gampuzcoa nahe der französischen Grenze verweilen, von wo der König dann leicht einen Besuch in Biarritz machen kann, wo zu gleicher Zeit die Erzherzogin mit ihrer Mutter sein wird, wahrscheinlich auch die Königin Isabella, welche der Oesterreichischen Heirath günstig sein soll. Sollte die Heirath beschloffen werden, so werden die Cortes im October einberufen, um die nöthigen officiellen Vorbereitungen zu treffen.

Wie aus Konstantinopel telegraphisch gemeldet wird, werden Frankreich und England von dem Wortlaute des Jabelsturz-Herrens für den Rhedive Temst Pascha ihr weiteres Vorgehen in der Frage, betreffend die Aushebung des Herrens von 1873, abhängig machen. Der Sultan hat sämtliche von Kleo Pascha ernannte Mitglieder des ostromaischen Regierungsdirectoriats, ausgenommen den Leiter des Justizdepartements, Resakoff, bekräftigt. Die Pforte beabsichtigt, Schritte bei den Mächten wegen baldiger Schließung der Donaufestungen zu thun.

Nach einer der „Nat. Ztg.“ aus Konstantinopel von angeblich gut unterrichteter Seite zugegangenen Mittheilung löst sich die Pforte durch den Gang der griechischen Grenzfrage nicht erheblich beunruhigen, ja sie widmet derselben nicht einmal eine vorwiegende Aufmerksamkeit. Das

## Bekanntmachung.

Der von uns zur Submission ausgeschriebene Umbau der ersten südlichen Vorflutstraße ist vergeben und werden die unterzeichnetig geliebten Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.  
Leipzig, den 8. Juli 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi, Bannemann.

## Internationale Ausstellung in Melbourne.

Mit Bezug darauf, daß die Anmeldefrist für die nächstjährige Welt-Ausstellung in Melbourne nach den bisherigen Mittheilungen bereits mit dem 31. October d. J. geschlossen werden soll, eruchen wir diejenigen Industriellen unseres Bezirks, welche sich an derselben zu betheiligen gern sind, sich schon jetzt darüber schlüssig zu machen und uns so bald wie möglich wenigstens eine vorläufige Mittheilung zu geben zu lassen.  
Für die weiteren Vorbereitungen zu einer würdigen Vertretung unserer Industrie bei dieser Ausstellung, welche die von Sydney an Bedeutung voraussichtlich weit übertreffen wird, ist die Bildung eines besonderen Comite in Aussicht genommen.  
Leipzig, Anfang Juli 1879.  
Die Handelskammer. Die Gewerbekammer.  
Dr. Bachsmuth, Vorsitzender. W. Sadel, Vorsitzender.  
Dr. Geniel, Secr. Derja, Secr.

## Bekanntmachung.

Das Zeichenwesen für Coblenz betreffend.  
Herr Wilhelm Ehold hier, Mödernaide Straße 26, hat ab 1. Juli dieses Jahres das Zeichenwesen für Coblenz und Umgegend in die Hand genommen. Es werden von Herrn Ehold auf das Würdige ausgestattete Zeichenwagen, sowie Begleitwagen nach Bedürfniss gegen angemessene Preise gestellt und verfehlt der unterzeichnete Kirchenvorstand nicht, die Gemeinde auf das Unternehmen des Herrn Ehold empfehlungsweise aufmerksam zu machen.  
Coblenz, am 3. Juli 1879.  
Der Kirchenvorstand.  
Dr. B. Seydel, P. Vorsitzender.

Hauptinteresse der Pforte werde zur Zeit durch die mannichfachen Sorgen, welche die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zu Egypten bereite, in Anspruch genommen. Der Berufung des ehemaligen Großvezirs Mahmud Nedim Pascha scheine nicht jene weitreichende Bedeutung beizumessen, welche diesem allerdings überraschend gelungenen Entschlusse des Sultans Abdal Hamid im ersten Augenblicke des Bekanntwerdens von der Stammbuler Presse beigelegt worden sei. Es werde die Vermuthung gezeugt, daß Mahmud Nedim Pascha, der Freund Ignatieffs, nur deswegen auf die Billische gebracht worden sei, um den Widerstand abzuschwächen, welchen England den von der Pforte in Betreff Egyptens gehegten Projecten, für welche die Aufhebung des Herrens von 1873 Raum schaffen soll, in den Weg zu legen drohe. Man gebe sich den Anschein, als sei man entschlossen, nöthigenfalls bei England eine Stütze zu suchen. Derzeitige habe deshalb die Zurückberufung Mahmud Nedim Pascha's, der allerdings für eine mit England cooperirende Politik der Pforte die geeignetste Persönlichkeit unter den ehemaligen Großwürdenträgern sei, mehr eine demonstrative, als eine actuelle Bedeutung.

Das der „Köln. Ztg.“ aus London gemeldete Gutachten des Untersuchungsrichters in Sachen des Lieutenant's Carey lautet:

Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß Lieutenant Carey die Stellung, in der er sich bei dem Bringen befand, falsch aufhakte und daß er in Folge dessen keinen richtigen Begriff von der Verantwortung hatte, welche auf ihm lastete. Generalquartiermeister Harrison stellt klar und deutlich fest, daß sich Lieutenant Carey in Ausübung des Dienstes bei der Patrouille befand, während Lieutenant Carey diesbezüglich angiebt: „Ich habe nicht angenommen, daß mir irgendwelche Besonderepflicht über die Patrouille zuhand.“ In Anbetracht der genauen und sorgfältigen Anweisung des Lord Helmshof, welche die Stellung des Bringen erklärte und anordnete, daß der Bring stets von einer Begleitmannschaft unter einem Officier umgeben sein sollte, geht die Ansicht des Gerichtshofes dahin, daß eine solche Verschiedenheit der Auffassung bei Officieren desselben Departements nicht hätte vorkommen dürfen. — Zweitens ist nach Anschauung des Gerichtshofes der Lieutenant Carey schwer zu tadeln, weil er im Dienst mit nur einem Theile der vom Generalquartiermeister zugewiesenen Patrouille aufgedrohen ist. Der Gerichtshof kann die Ausrüde der fehlenden Verantwortlichkeit des Lieutenant's Carey nicht gelten lassen, um so weniger, als Carey selbst — obwohl verpöblich — Schritte that, um die Ecorce zu erhalten, da ihm auch noch überdies durch die Anwesenheit des Generalquartiermeisters bei Ateleji Ridge die Möglichkeit geboten war, diesen über die Sache zu befragen, welche Gelegenheit Carey nicht benutzte. — Drittens ist das Gericht der Meinung, daß die Wahl des Platzes in dem Kraal, der umgeben war von Dschungel für den Feind und von schwierigem Terrain, einen lächlichen Mangel an militärischer Vorsicht beweist. — Viertens bedauert das Gericht sehr, daß keine Anstrengung gemacht worden ist, die Ecorce zu sammeln und Front gegen den Feind zu machen, wodurch man hätte festhalten können, ob die Möglichkeit vorhanden gewesen, den Feind zu tödten zu kommen, denen der Hülfzug nicht gelungen war.

## Vermischtes.

In der Reichstags-Debatte über den Petroleumzoll gab Herr von Barndiller das Resultat einer Berechnung zum Besen, nach welcher von diesem Zolle nur etwa 30 Pfennige jährlich auf eine Familie entfallen sollen. Die „Frankf. Ztg.“ beleuchtet diese Angabe an der Hand eines